



<https://biz.li/4kg9>

# FDP-RATSFRAKTION SETZT SICH FÜR NACHNUTZUNG DES HEUTIGEN IGS- GEBÄUDES ZUR KINDERBETREUUNG EIN

Veröffentlicht am 14.04.2024 um 20:08 von Redaktion AltkreisBlitz

Angesichts eines akuten Mangels an Betreuungsplätzen

für Vorschulkinder in der Stadt Burgdorf, hat die FDP-Fraktion einen Lösungsvorschlag eingebracht. Der Antrag, der am heutigen Sonntag, 14. April 2024, eingereicht wurde, sieht vor, das Gebäude der heutigen Integrierten Gesamtschule nach deren Umzug in den IGS-Neubau, temporär in Kinderbetreuungseinrichtung(en) umzuwandeln. Diese Maßnahme soll bis zu 160 dringend benötigte Betreuungsplätze schaffen, auf die die Burgdorfer Familien einen Rechtsanspruch haben und verzweifelt auf ein entsprechendes Angebot hoffen, um die viel beschworene Vereinbarkeit von Beruf und Familie auch leben zu können. Die FDP-Fraktion hebt hervor, dass die Stadt Burgdorf sich in einem Ausnahmezustand befindet: "Derzeit fehlen 160 Betreuungsplätze für unsere jüngsten Bürger. Eine Erhöhung des Betreuungsschlüssels verschärft die Lage zusätzlich, sodass weitere Plätze entfallen werden. Unsere Lösung ist pragmatisch und kann schnell umgesetzt werden", erklärt Dr. Vehling, stellvertretender Fraktionsvorsitzender und fügt hinzu: "Das nach dem Umzug der IGS in den IGS-Neubau an der Sorgenser Mühle frei gewordenen Schulgebäude bietet ideale Voraussetzungen: Die Räumlichkeiten können mit geringem Aufwand zu kindgerechten Gruppenräumen umgestaltet werden, die sanitären Anlagen lassen sich schnell anpassen und der große Schulhof bietet ausreichend Platz für den Außenbereich."

"Diese pragmatische Nutzung bestehender Infrastruktur zeigt, wie flexibel und schnell wir auf drängende soziale Bedürfnisse reagieren können", ergänzt Lillenthal.

Die Betreuung soll teilweise durch ehrenamtliche Organisationen, wie dem Nachbarschaftstreff, dem Kinderschutzbund und dem BMGH übernommen werden, was die Integration und Sprachförderung, insbesondere von Kindern aus Migrantenfamilien, unterstütze.

Die FDP-Fraktion bittet in ihrem Antrag "um eine zügige Behandlung und positive Beschlussfassung, um den Versorgungsengpass schnellstmöglich zu überbrücken und die soziale sowie sprachliche Integration der Kinder zu fördern".